



## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Eckpunkte für die Reform der Oberstufe und die Verkürzung der Schulzeit**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, bei der Reform der gymnasialen Oberstufe und der beabsichtigten Verkürzung der Schulzeiten folgende Eckpunkte zu beachten:

#### **1. Ausbau der individuellen Förderung und Verkürzung der Schulzeit**

Die Landesregierung soll eine intensivere Förderung aller Kinder beginnend im Kindergarten, fortgesetzt in der Grundschule und in der Sekundarstufe I, entwickeln. Jedes Kind soll individuell bestmöglichst gefördert werden.

Ziel ist es, die Kompetenzen der SchülerInnen dadurch so zu steigern, dass nach einigen Jahren der Übergang in die Oberstufe und die Erreichung des Real-schulabschlusses regelmäßig bereits nach der 9. Klasse gelingen kann. Nur so kann eine sinnvolle Verkürzung der Schulzeit erreicht werden.

Der Landtag lehnt eine einseitige Konzentration der zusätzlichen Ressourcen in der Sekundarstufe I der Gymnasien ab.

#### **2. Einführung der flexiblen Oberstufe**

Wenn in Zukunft deutlich mehr Jugendliche bis zum Abitur geführt werden sollen, dann ist auch mit einer weit größeren Schwankungsbreite an Lernkompetenzen und Vorwissen zu rechnen.

Deshalb soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Oberstufe entsprechend der individuellen Leistungsfähigkeit und der jeweiligen Vorkenntnisse in 2 bis 4 Jahren (4 bis 8 Semestern) durchlaufen zu können.

Dies kann realisiert werden durch unterschiedliche Belegung von Kursen und durch den zusätzlichen Besuch von Aufbaukursen in den Fächern, in denen SchülerInnen beim Eintritt in die Oberstufe Nachholbedarf haben.

### 3. Oberstufenverbund statt Abschaffung des Kurssystem

Der Landtag lehnt die Abschaffung des Kurssystems ab und fordert statt dessen die Zusammenfassung von Oberstufen mehrerer Schulen wahlweise in einen Oberstufenverbund oder in ein Oberstufenzentrum.

Beim Oberstufenverbund bilden mehrere benachbarte Gymnasien, Gesamtschuleneinheiten und/oder Berufsschulen mit gymnasialer Oberstufe einen Verbund. Bei einem Oberstufenzentrum werden die Oberstufen an einem Schulort zusammengelegt. In den peripheren Regionen müssen geeignete Sonderregelungen gefunden werden.

Die Bildung von Oberstufenverbänden oder –zentren ermöglicht es, unterschiedlich Profile (naturwissenschaftlich, sprachlich, sozialwissenschaftlich, kulturwissenschaftliche, technisch) anzubieten, und zugleich ein reichhaltiges Kursangebot zu ökonomischen Kursgrößen zu gewährleisten.

Bei Bedarf soll die Möglichkeit bestehen, Kurse auch in den verbundenen Schulen zu besuchen.

### 4. Evaluation und Wettbewerb – aber keine zentrale Einheitsprüfung

Der Übergang von der Input-Steuerung zur Output-Steuerung von Schulen soll zu mehr Freiheit führen, erfordert aber auch eine regelmäßige Evaluation, um die Vergleichbarkeit der Abschlüsse zu sichern. Dies kann durch regelmäßige Vergleichstest erreicht werden, die dann in den Schulen diskutiert werden.

Das führt zu einem hohen Qualitätsbewusstsein an den Schulen und zu kontinuierlichen Anstrengungen, die Qualität zu steigern bzw. zu erhalten.

Zentrale Abschlussprüfungen sind dafür nicht erforderlich und werden abgelehnt, da die Gefahr besteht, dass

- der Schulstoff auf die Themen, die potenziell Prüfungsgegenstand sind, reduziert wird;
- SchülerInnen benachteiligt sind, wenn sie eine schwächere Lehrerin haben;
- das Engagement in Fächern und Themenbereichen wie Projektarbeit, Theater und Präsentationen, die nicht prüfungsrelevant sind, zurückgeht.

Begründung:

Das Leitbild einer Reform ist eine Schule, in der die SchülerInnen im Mittelpunkt stehen. Die SchülerInnen sollen selbständig werden und lernen, Verantwortung zu übernehmen, sich aktiv Wissen anzueignen und Kreativität zu entwickeln.

Es kommt darauf an, dass die Schule es schafft, mehr SchülerInnen mit unterschiedlichen Begabungen im naturwissenschaftlichen, sprachlichen oder künstlerischen Bereich und mit unterschiedlichen Leistungsniveaus auf hohem Niveau zum Abitur zu führen.

Deswegen sollte eine Oberstufereform darauf abzielen die bestehenden Wahlmöglichkeiten zu erhalten und soweit möglich auszubauen und zugleich den Schülern ermöglichen, die Oberstufe in unterschiedlichem Lerntempo zu durchlaufen.

Die Verkürzung der Schulzeit darf nicht zu einer Konzentration der Ressourcen bei den Gymnasien führen. Schon heute ist die soziale Auslese bei uns größer als in allen anderen OECD-Staaten, und die Kosten pro SchülerIn sind in den Gymnasien mit Abstand am höchsten. Jede Reform, die die Chancengleichheit verbessern will, muss sich auf alle Kinder beziehen und insbesondere die schwächeren Kinder fördern.

Karl-Martin Hentschel  
und Fraktion